

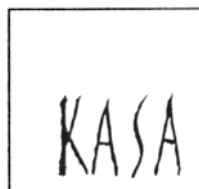


Sechs Gründe,

**EU-AKP Freihandelsabkommen (EPAs)
in ihrer jetzigen Form abzulehnen!**

Eine zivilgesellschaftliche Antwort
auf die Herausforderungen der
EU-AKP Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

www.stopepa.de



Sechs Gründe,



EU-AKP Freihandelsabkommen (EPAs) in ihrer jetzigen Form abzulehnen!

Diese Stellungnahme ist eine Antwort zivilgesellschaftlicher Organisationen in den AKP-Staaten und der EU auf Kernargumente der Befürworter von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den 77 Staaten Afrikas, der Karibik und dem Pazifik (AKP)¹.

*Wir, die Unterzeichner, gehen davon aus, dass Handel für die Volkswirtschaften der AKP-Staaten und insbesondere einige der ärmsten Bevölkerungsgruppen positive Entwicklungsimpulse setzen kann. EPAs, zumindest in der derzeit geplanten Form², werden diese Wirkung allerdings nicht entfalten können. Aus diesem Grund unterstützen die Unterzeichner die **StopEPA-Kampagne**, um EPAs in ihrer jetzigen Form zu verhindern und handelspolitische Alternativen zu verwirklichen. Die Kampagne wird von zivilgesellschaftlichen Gruppen innerhalb der AKP-Länder und in der EU getragen.*

*Das vorliegende Papier stellt die Argumente der **StopEPA-Kampagne** vor und leistet damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Diskussionen über entwicklungsorientierte Alternativen zu geplanten EU-AKP Freihandelsabkommen.*

1. EPAs unterlaufen Entwicklungsfortschritte in AKP-Staaten

Das Cotonou-Abkommen besagt, das Ziel der wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen sei es, „Armut zu reduzieren, indem nachhaltige Entwicklung gefördert wird und die AKP-Staaten graduell in die Weltwirtschaft integriert werden“. Unglücklicherweise scheint die Richtung, die die aktuellen EPA-Verhandlungen zur Zeit nehmen, diese Ziele eher zu behindern als zu unterstützen.

Obwohl sowohl Inhalt als Struktur der EPAs noch verhandelt werden müssen (dem Cotonou-Abkommen zufolge bleibt dabei die Option für alternative Handelsabkommen offen), zielt die EU-Kommission auf gegenseitige Freihandelsabkommen (FTAs) ab, die sie auf bilateraler Ebene mit AKP-Staaten und Regionen verhandeln möchte.³ Die EU beabsichtigt, dass EPAs den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) über regionale Freihandelsabkommen entsprechen, die in Artikel XXIV des GATT (1994) festgelegt sind. Art. XXIV schreibt fest, dass regionale Freihandelsabkommen eine Beseitigung der Handelsbarrieren für „nahezu den gesamten Handel“ (derzeit interpretiert als 90% des gegenseitigen Handels⁴) erfordern, und dies innerhalb einer „angemessenen Zeit“ (i.d.R. zehn Jahre, in Ausnahmefällen auch länger). Derartige EPAs hätten eine weitreichende Handelsliberalisierung⁵ zwischen dem weltgrößten Einzelmarkt und den ärmsten Ländern der Welt zur Folge. 27 Länder, die laut dem Index über menschliche Entwicklung der UNDP zu den Ärmsten der Welt gehören, sind AKP-Staaten.⁶

Während man sich einig ist, dass Handel ein wirksames Mittel für mehr Entwicklung sein kann, argumentiert eine wachsende Zahl von Experten, dass eine schnelle Handelsliberalisierung nicht *automatisch* zu positiven Entwicklungsergebnissen führen muss. Länder

sollten diejenige Handelspolitik wählen können, die am besten zu ihren Entwicklungsprioritäten und ihren Bedürfnissen passt. Die Liberalisierung des Handels kann kein Ersatz für eine umfassende Entwicklungsstrategie sein. Zudem muss sie zeitlich optimal geplant werden: Unterschiedliche Entwicklungsphasen verlangen eine unterschiedliche Abstufung der Marktöffnung. Darüber hinaus ist man sich einig, dass bestimmte Voraussetzungen in Ländern vorhanden sein müssen, wie zum Beispiel gesunde Wirtschaftssektoren, potentiell wettbewerbsfähige Industrien, angemessen entwickelte Marktinstitutionen sowie effiziente staatliche Organisationen, bevor eine Offenermarktpolitik Wachstum und Entwicklung erzielen kann.⁷ Viele der AKP-Staaten weisen derzeit eine oder mehrere dieser Voraussetzungen nicht auf und leiden unter erheblichen Angebotsengpässen. Aus diesem Grund fordern diese Länder, auf eine gegenseitige (reziproke) Liberalisierung zu verzichten, solange günstigere Entwicklungsvoraussetzungen noch nicht bestehen. Wie Martin Wolf, Wirtschaftswissenschaftler der Financial Times, erklärte, wird *„Handelsliberalisierung als Ziel an sich, unabhängig von weiteren Umständen, niemals schnelles Wachstum erzeugen. Darüber herrscht Einvernehmen, und niemals hat es diesbezüglich Unstimmigkeiten gegeben.“*⁸

Noch 2004 gab die englische Regierung in einem White Paper on Trade and Investment bekannt, die EU habe verdeutlicht, *„dass [sic]keine ‚offensiven‘ Marktzugangsinteressen [hat], und dass das Vereinigte Königreich dafür sorgen wird, dass die EU-Partner sich an dieses Versprechen halten werden.“*⁹ Dennoch bedeutet die derzeitige EU-Interpretation, dass EPAs nichts anderes als reziproke FTAs sind, und dass die AKP-Länder ihre Märkte für EU-Güter öffnen müssen, bevor sie in diesen Bereichen auch nur annähernd wettbewerbsfähig sind. Dies wiederum könnte auf die Ökonomien dieser Länder verheerende Auswirkungen haben. Die von der EU verlangte Gegenseitigkeit könnte vor allem auf die Landwirtschaft zerstörend wirken - ein Wirtschaftszweig, der in den meisten AKP-Staaten besonders wichtig ist. Überzeugend wirkt dieser Einwand vor allem in Hinblick darauf, dass die EU bis zum Jahr 2013 jährlich etwa 40 Milliarden Euro¹⁰ in ihre Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) investiert und ein durchschnittlicher EU-Bauer das 100-fache von dem, was ein afrikanischer Kleinbauer durchschnittlich im Jahr verdient, an Subventionen erhält.¹¹

AKP-Staaten haben außerdem schwere Schäden in ihren sich noch im Aufbau befindlichen Industriezweigen zu befürchten. Zunehmend

gilt als allgemein anerkannt, dass in Ländern, die Handelsliberalisierungsmaßnahmen aufgreifen, bevor dort stabile Ökonomien und Institutionen entstanden sind, Deindustrialisierung auf dem Fuße folgt.¹² Diese Einschätzung wurde kürzlich selbst von der vom englischen Premier Tony Blair ins Leben gerufenen Kommission für Afrika bekräftigt, die erklärte, dass *„Liberalisierung nicht wechselseitig sein sollte, um Afrika zu erlauben, ihre sich noch in Kinderschuhen befindenden Industrien zu schützen [, wenn Handel als ein Instrument für Entwicklung wirken soll]“*.¹³ Auch der Zwischenbericht der EU-Kommission über Nachhaltigkeitsverträglichkeitsprüfungen (Sustainability Impact Assessments - SIAs) warnt davor, dass EPAs *„den Zusammenbruch des modernen westafrikanischen Manufaktursektors beschleunigen“* sowie *„die Entwicklung der Prozess- und Manufakturkapazitäten in den AKP-Ländern in exportorientierten und anderen Industrien behindern könnten“*.¹⁴

Die EU ihrerseits argumentiert, existierenden Ungleichgewichten könne man mit einer ‚asymmetrischen Liberalisierung‘ begegnen, was bedeutet, hinsichtlich des Liberalisierungsumfangs und der zeitlichen Umsetzung unterschiedliche Zielvorgaben für beide Seiten zu machen. Solche Vorschläge für eine längere Umsetzungsphase, kombiniert mit einer für die AKP-Staaten niedrigeren Liberalisierungsverpflichtung, lösen das Problem des reziproken Freihandels aber nicht.¹⁵ Viele AKP-Staaten sind heute ärmer als vor 20 Jahren, und ihre Lage könnte sich in den kommenden 10 oder 20 Jahren noch weiter verschlechtern. Dennoch besteht die EU darauf, Gegenseitigkeit mit vorher festgelegten Liberalisierungsfahrplänen durchzusetzen und damit auf der Annahme, dass parallel zur Öffnung einheimischer Märkte Entwicklung möglich sei.

2. Handelspolitik ist keine bessere Entwicklungspolitik

Wieder und wieder hat sich die EU zum multilateralen Handelssystem bekannt und dabei besonders die Rolle der WTO als zentrales Verhandlungsforum, in dem die internationale Wirtschaftsbeziehungen verhandelt werden, unterstrichen. Während der Anhörungen vor dem Europäischen Parlament bestätigte der neue EU-Handelskommissar Peter Mandelson wiederholt diesen Standpunkt und fügte hinzu: *„Wir sollten nichts tun, was unser Versprechen in Frage stellt oder den Blick von der WTO ablenkt.“*¹⁶ Dennoch werden die EPAs genau dies tun.

Zum einen haben die WTO-Verhandlungsdelegationen in Genf schon jetzt einen überfüllten Terminkalender. Die meisten AKP-Länder sind benachteiligt, da sie über wenige Handlungsexperten verfügen und dadurch nicht effektiv an allen WTO-Sitzungen teilnehmen können. Die intransparenten Verhandlungsprozesse in Genf grenzen sie zudem aus bzw. gehen von ihrer generellen Zustimmung aus, auch wenn sie an Sitzungen nicht teilnehmen und sich somit nicht in die Verhandlungen einbringen können. Die EPA-Verhandlungen sorgen für eine weitere Überbeanspruchung dieser wenigen Kapazitäten. Daher unterstreicht auch Eveline Herfkens, im UN-Generalsekretariat zuständig für die Koordination der Kampagne zur Unterstützung der Millennium Entwicklungsziele (MDGs), vor dem Europa-Parlament, dass *„EPAs ein großes Problem für arme Länder sind. [...] Die so genannten LDCs, zu denen neben anderen viele der AKP-Länder gehören, haben weder die Zeit noch die Kapazitäten, vernünftige Abkommen mit der EU auszuhandeln. AKP-Länder sehen sich in den WTO-Verhandlungen mit großen Schwierigkeiten konfrontiert.“*¹⁷

Zum anderen drohen die EPAs die bisher von den AKP-Staaten in der WTO verteidigten Positionen zu untergraben. In der Vergangenheit haben AKP-Staaten wie andere Entwicklungsländer auch ihre nationale Souveränität über viele innenpolitische Kompetenzen in der WTO zugunsten eines erleichterten Marktzugangs aufgegeben. Von dieser schmerzlichen Erfahrung geprägt, gründeten die AKP-Staaten zusammen mit der Afrikanischen Union und den LDCs in der WTO eine breite Allianz (auch bekannt als G-90), um ihre Entwicklungsprioritäten besser verteidigen zu können. In Cancún verdeutlichten sie mit Nachdruck, dass die Interessen von kleinen und verletzlichen Ländern nicht länger ignoriert werden können. Jedoch ist es viel schwieriger für die AKP-Staaten, ihre Positionen in den EPA-Verhandlungen zu verteidigen, da sie wesentlich auf die finanzielle Entwicklungszusammenarbeit seitens der EU angewiesen sind.¹⁸

Nach Meinung der Europäischen Kommission ergänzen sich Multilateralismus und Bilateralismus in der Handelspolitik gegenseitig. Jedoch verfolgte die EU bezüglich bilateraler und regionaler Handelsabkommen schon immer ehrgeizige Ziele – die EPAs sind keine Ausnahme.¹⁹ Beispielsweise sind Themen, gegen die sich die AKP-Länder in der WTO immer schon gewehrt haben, wieder neu auf dem Verhandlungstisch der EPAs. Drei der vier Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen) – deren größter Verfechter die EU war – wurden von

der WTO-Tagesordnung gestrichen, da sich die AKP-Staaten zusammen mit anderen Entwicklungsländern wiederholt dagegen ausgesprochen hatten. Jedoch sind alle diese Themen noch immer auf dem EPA-Verhandlungstisch. Genau genommen müssen die AKP-Staaten also genau den gleichen Kampf, den sie in der WTO schon gewonnen haben, in den EPA-Verhandlungen noch einmal führen, allerdings mit einer wesentlich schwächeren Verhandlungsposition. Darüber hinaus hat die EU die Ziele der EPAs viel weiter gesteckt als die in der gegenwärtigen WTO-Runde (WTO-plus). Beispielsweise beschränkten sich die Verhandlungen in der WTO auf Transparenz bei der öffentlichen Beschaffung. Bei den EPAs soll es nach Wunsch der EU aber um die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens auf der Basis von Nicht-Diskriminierung gehen.²⁰

Es gibt noch weitere Widersprüche zwischen dem, was die EU den AKP-Ländern in der WTO angeboten hat und dem, was sie von dieser Ländergruppe bei den EPA-Verhandlungen verlangt. Im Frühjahr 2004 bot die EU der G90-Allianz eine so genannte „Freirunde“ („Round for free“) an, die die Entwicklungsländer von weiteren Verpflichtungen zum Abbau von Einfuhrbeschränkungen für landwirtschaftliche und Industrieprodukte ausnehmen sollten, die gleichzeitig jedoch als generelle Gegenleistung für Zugeständnisse gegenüber der EU-Position galt. So erklärte kürzlich auch die niederländische Ministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frau van Ardenne-van der Hoeven: *„[Eine Freirunde] kann auch missverstanden werden, da die EU in den EPAs um freien Marktzugang für sich zu den AKP-Ländern wirbt.“*²¹

3. Regierungen der AKP-Staaten sehen EPAs kritisch

Politische Entscheidungsträger in der EU führen gerne an, dass die AKP-Staaten im Abkommen von Cotonou ja selbst einer weiteren Liberalisierung im Kontext von EPAs zugestimmt hätten. Damit wird aber übersehen, dass AKP-Länder wiederholt – einzeln und auch als geschlossene Gruppe – ihre Vorbehalte gegenüber EPAs, wie sie von der EU interpretiert werden, vorgebracht haben. Festus G. Mogae, der Präsident Botswanas, beispielsweise drückte kürzlich im Namen der AKP-Länder *„Besorgnis“*²² aus und bereits 2001 erklärte der Botschafter Mauritius: *„Die AKP-Länder haben sich nicht grundlos zurückhaltend gegenüber dieser Entscheidung [für die EPAs] geäußert. Die Entscheidung basierte*

*mehr auf Pragmatismus als auf dem Glauben oder gar der Überzeugung, dass die AKP-Staaten von den EPAs profitieren würden. Es liegt nun an der EU, die AKP-Länder davon zu überzeugen, dass ihre bevorzugte Option, nämlich die reziproken EPAs, Vorteile bringen kann.*²³

Die Regierungen der AKP-Länder sind verständlicherweise besorgt darüber, ob ihre nationalen Volkswirtschaften sowie ihre Entwicklungsstrategien stabil genug sind, um möglichen Einflüssen gegenseitiger Freihandelsabkommen Widerstand leisten zu können. Dem AKP-Verhandlungsmandat zufolge können, „aufgrund der möglichen nachteiligen Auswirkungen, die Gegenseitigkeit auf die nationale Industrie und staatliche Stabilität in Entwicklungsländern hat, diese Länder Gegenseitigkeit bei den EPAs mit der EU auf keinen Fall a priori akzeptieren“; zudem „haben [AKP-Staaten] nicht die Kapazitäten um parallel und zeitgleich zu der EU ihre Märkte zu liberalisieren“; schließlich sollte „die Auflockerung von Handelsbeschränkungen an das Erreichen verschiedener Entwicklungsindikatoren gekoppelt sein.“²⁴

AKP-Staaten haben zudem ihre Ablehnung der Aufnahme der Singapur-Themen in das Verhandlungsmandat der EC ausgedrückt: „Von Seiten der AKP-Länder ist es nicht erwünscht, dass diese Regeln Gegenstand der EPA-Verhandlungen werden, bevor man sich darüber einig ist, wie diese Themen auf multilateraler Ebene zu behandeln sind, insbesondere in Bezug auf die WTO.“²⁵ Der Handelsminister Mauritius', Jayakrishna Cuttaree, wiederholte genau diesen Standpunkt, indem er verdeutlichte: „AKP-Länder können nicht akzeptieren, dass Themen, die innerhalb der WTO abgelehnt wurden, nun Gegenstand der EPA-Verhandlungen werden – als mögliche Hintertür, diese Themen dann wieder auf die Tagesordnung der WTO zu setzen.“²⁶ Diese Bedenken wurden geäußert, obwohl die Mehrzahl der AKP-Staaten immens von EU-Hilfe abhängig ist und dementsprechend fürchten muss, eine Ablehnung der EPAs könnte schließlich auf eine Kürzung ihrer EU-Finanzhilfen hinauslaufen.

Währenddessen haben sich die AKP-Staaten für mehr Flexibilität in der Auslegung der WTO-Regeln ausgesprochen, insbesondere mit Blick auf Freihandelsabkommen zwischen einer Gruppe von hoch entwickelten Ländern und den am wenigsten entwickelten Ländern sowie sich in der Entwicklung befindenden Volkswirtschaften. Weiterhin befürworten sie die aktive Suche nach Alternativen für solche Länder, die sich nicht an EPAs beteiligen; ein Ziel, das

auch in Artikel 37,6 des Cotonou-Abkommens festgeschrieben ist. Diesem Anliegen wurde auch innerhalb Europas Ausdruck verliehen, als die britische Regierung bereits 1998 erklärte: „Die Regierung teilt einige der vorgetragenen Zweifel bezüglich der FTA – deshalb auch unsere Entschlossenheit dafür zu sorgen, dass die FTAs nicht die einzige Option bleiben“ und „... die Regierung ist davon überzeugt, dass diese [EPAs] nicht die Globallösung sind. ... Deshalb arbeiten wir darauf hin, dass es sowohl für die LDCs als auch für andere Länder attraktive Alternativen geben wird.“²⁷

Die EU hat bislang keine befriedigende Antwort auf die Forderung nach handelspolitischen Alternativen gegeben. Zudem versucht sie auch weiterhin, die Verhandlungen in einem Tempo voranzutreiben, dass das Ungleichgewicht beider Verhandlungspositionen nur weiter vergrößert. Die Verhandlungen auf regionaler Ebene begannen, bevor diese Ländergruppen in der Lage waren, Studien über mögliche Auswirkungen von EPAs auf ihre Volkswirtschaften abzuschließen oder sogar zu beginnen. Die Verhandlungen begannen, bevor viele AKP-Staaten die Möglichkeit hatten, ihre eigenen Interessensvertreter zu hören, Verhandlungspositionen zu entwickeln oder einen Koordinationsmechanismus für die jeweilige AKP-Subregionen einzurichten. Ostafrikanische Parlamentsabgeordnete verließen kürzlich ihrer Sorge Ausdruck, indem sie erklärten: „Aufgrund des Tempos, mit dem die Diskussionen vorangetrieben werden, haben unsere Länder keine Zeit, sich adäquate Gedanken machen zu können über die Optionen, die uns zur Verfügung stehen, oder die Auswirkungen zu verstehen oder zu akzeptieren, dass wir nun Geiseln der Termine sind, die uns, ohne unsere Parlamente zu konsultieren, [von der EU] gesetzt wurden.“²⁸

4. WTO-Kompatibilität keine Vorbedingung für EPAs

EPAs wurden geplant, weil die präferenziellen und nicht-reziproken EU-AKP-Handelsbeziehungen unter den Lomé-Abkommen nicht erfolgreich waren. Zum einen waren die Auswirkungen, die Handelspräferenzen auf die aktuelle Entwicklung der Länder hatten, enttäuschend. Zum anderen wurden die Lomé-Handelspräferenzen verstärkt von anderen WTO-Mitgliedsländern in Frage gestellt. Die Präferenzen wurden als diskriminierend gegenüber anderen Entwicklungsländern angesehen, da sie selektiv und nicht als generelle Handelspräferenzen wirken sollten.²⁹ Andererseits konnte das Lomé-Abkommen

aber auch nie als Freihandelsabkommen angesehen werden, da es keine gegenseitige Liberalisierung vorsah. Das Cotonou-Abkommen griff daher genauso wie einige seiner Vorgänger auf eine WTO-Ausnahmegenehmigung (Waiver) zurück, die die Fortführung der einseitigen AKP-EU-Handelsvereinbarungen erlaubte. Die derzeitige Ausnahmegenehmigung ist jedoch bis zum 31. Dezember 2007 befristet.³⁰ Die EU argumentiert, dass das Lomé-Modell in gegenseitigen Freihandel umgewandelt werden müsse, um das Problem der WTO-Inkompatibilität zu lösen. Künftige EPAs müssten mit Artikel XXIV des GATT vereinbar sein, der die Beseitigung von Handelsbarrieren für „nahezu den gesamten Handel“ innerhalb einer „angemessenen Zeitspanne“ (i.d.R. zehn Jahre, abgesehen von Ausnahmefällen) verlangt.

Indem die EU auf einer engen Interpretation des GATT-Artikel XXIV besteht, ignoriert sie elementare Mängel dieser Bestimmung. Entscheidend ist, dass der Artikel XXIV keine Aussage über das Recht von Entwicklungsländern macht, Sonder- und Vorzugsregeln (SDT) in Anspruch nehmen zu können, obwohl dieses Recht der Entwicklungsländer allgemein von der WTO explizit anerkannt wird.³¹ Die AKP-Länder sehen sich dementsprechend Verhandlungen einer besonderen Art gegenüber. Statt Kompromisse auszuhandeln, müssen sie praktisch ein Ziel verteidigen, das sie eigentlich schon längst erreicht haben. Darüber hinaus diskutieren sie innerhalb strikter Grenzen, die die WTO und die EU gezogen haben.³² Aber am problematischsten ist, dass von den AKP-Ländern gefordert wird, ihre Märkte zu öffnen, bevor diese sich überhaupt auf dem Weltmarkt behaupten können. Obwohl die AKP-Staaten wiederholt ihre Zweifel an EPAs vortragen und Alternativen gefordert haben, wird die EU aber nicht müde, die EPAs als die beste Option für die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Ländern darzustellen.

Bedeutet dies, dass die EPAs in Form von Freihandelsabkommen die einzige Option für AKP-Länder sind? Die Antwort ist ein unmissverständliches „Nein!“ Zum einen könnte der Artikel XXIV des GATT geändert werden, so dass er SDT und zusätzliche Flexibilität für Entwicklungsländer erlaubt. Diese Möglichkeit haben AKP-Länder der WTO bereits vorgeschlagen.³³ Alternativ könnte die Ermächtigungsklausel³⁴, die einseitige FTAs zwischen Entwicklungsländern erlaubt, abgeändert werden, um dann nicht nur für Süd-Süd-FTAs zu gelten, sondern auch für Nord-Süd-FTAs. Eine dritte Alternative besteht darin, im Rahmen der WTO eine neue Ausnahmegenehmigung an-

zustreben. Als vierte Option könnte das Allgemeine Präferenzsystem der EU (APS) darauf untersucht werden, ob die Möglichkeit besteht, AKP-Interessen verstärkt zu berücksichtigen.

Jede der oben vorgetragenen Alternativen steht natürlich vor speziellen politischen Herausforderungen und spezifischen Grenzen. Nichtsdestotrotz sollte dies die EU nicht davon abhalten, diese Optionen zu prüfen, zu untersuchen und weiter zu verfolgen – insbesondere, da sich der Europäische Rat bereits 1998 dazu verpflichtet hat, indem er zustimmte, dass die EU „alle möglichen Alternativen untersuchen wird, den [AKP-] Ländern zu einer neuen Handelsstruktur zu verhelfen, die ihrer aktuellen Situation Rechnung trägt und mit den WTO-Regeln konform geht“.³⁵

5. EPAs verursachen erhebliche Anpassungskosten

Die EU argumentiert, dass die AKP-Länder die negativen finanziellen Auswirkungen der EPAs schultern könnten – diese Voraussage erscheint allerdings mehr als problematisch. Bereits Kofi Annan stellte vor den Regierungschefs der AKP-Länder fest: „Es muss befürchtet werden, dass die durch die EPAs festgelegten Handelsliberalisierungen negative Auswirkungen auf die Staatseinkünfte vieler Eurer Länder sind immens von Zolleinnahmen abhängig. Die Aussicht auf fallende Staatseinnahmen, in Verbindung mit fallenden Preisen für Güter, und zudem die hohe Auslandsverschuldung sind eine große Last für Eure Länder und bedrohen die Möglichkeit, der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele näher zu rücken.“³⁶

In vielen AKP-Ländern macht der Anteil der Einnahmen durch Importzölle ein Drittel der gesamten Staatseinnahmen aus³⁷, in manchen Ländern ist der Anteil sogar noch höher. In Côte d'Ivoire, Sierra Leone und Uganda beispielsweise stellen die Handelszölle 40%, 49% und 48% der gesamten Staatseinkünfte.³⁸ Verschiedene Studien haben die Befürchtung bestätigt, dass durch die EPAs die Staatseinkünfte aufgrund von Verlusten bei Zolleinnahmen erheblich sinken werden. Kap Verde beispielsweise könnten 19,8% der nationalen Einkünfte verlieren, Gambia 21,9%, Ghana 10% und Senegal 11%.³⁹ Die voraussichtlichen Verluste Kenias liegen bei 12%.⁴⁰ Solch herbe Einnahmeverluste werden sich auf jeden Fall negativ auf staatliche Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen und Armutsbekämpfung auswirken.

Dass viele Entwicklungsländer so immens von den Einnahmen aus Importverzollung abhängen, liegt daran, dass diese im Gegensatz zu anderen Steuern eine sehr einfache und bürokratisch kostengünstige Steuermaßnahme ist. Zudem finden viele der wirtschaftlichen Aktivitäten in den AKP-Ländern im informellen Sektor statt, weshalb es fast unmöglich ist, diese mit Steuern zu belegen. Steuerreformen, mit Hilfe derer andere Quellen der Steuereinnahmen leichter zu erschließen wären, würden zwar langfristig Vorteile bringen; dies wäre aber ein komplexer, langwieriger und kostenintensiver Prozess, der die Aufmerksamkeit und die Gelder von akut wichtigen Entwicklungsprojekten abziehen würde und damit die Last auf den Schultern der armen Bevölkerung in diesen Ländern noch vergrößern würde.⁴¹

Dies ist nur eine von weiteren Anpassungskosten. Sollten die EPAs die Volkswirtschaften der AKP-Staaten nicht gefährden, wären schließlich radikale Strukturreformen erforderlich – der Produktionssysteme, Institutionen, Infrastruktur und vieler weiterer Bereiche. Studien zur Auswirkung künftiger EPAs auf die Volkswirtschaften⁴² zeigen vermehrt auf, dass die AKP-Länder zuerst die Angebotsengpässe lösen müssen, die sie lange davon abgehalten haben, im Rahmen der Lomé-Abkommen ihre wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Erst dann können sie aus regionalen EPAs wirklichen Nutzen ziehen.

Darüber hinaus werden die erwarteten Auswirkungen auf Löhne und Beschäftigung besonders die armen Bevölkerungsgruppen dieser Länder schwer treffen. Wenn die Produkte existierender Industrien auf dem Markt mit Importprodukten konkurrieren müssen, wird dies in erster Linie die Arbeitslosenzahlen in die Höhe treiben, was auch durch ansteigende Beschäftigung im Exportsektor nicht ausgeglichen werden kann. *Und wenn nicht rechtzeitig an die Armen gedacht wird, dann werden sie am Ende noch schlechter dastehen als sie dies sowieso schon tun.*⁴³ Viele AKP-Regierungen halten an der Hoffnung fest, dass die EPAs ihnen Lösungswege zu diesen Problemen zeigen werden. Doch die harte Realität ist, dass die EU wiederholt darauf hingewiesen hat, dass ihre Entwicklungszusammenarbeit trotz der genannten Herausforderungen nicht substantiell ausgeweitet werden kann.

6. EPAs gefährden regionale Integrationsbestrebungen

Aufgrund der geringen Größe der meisten AKP-Länder und ihrer Tendenz zur Abhängig-

keit von nur einem oder wenigen Rohstoffen als Exportgüter, sollte der Zusammenschluss mit anderen Entwicklungsländern für sie mehr als hilfreich sein. Entsprechende Süd-Süd-Handelsabkommen können einen Ressourcenpool aufbauen, die Märkte vergrößern, den Handel und Investitionen ankurbeln, eine größere Produktvielfalt schaffen und den Mehrwert steigern. Somit können sie die Export-Abhängigkeit von wenigen großen westlichen Märkten senken und die wirtschaftliche Verletzbarkeit in dem Fall reduzieren, dass die regionalen Märkte schwach sind. Langfristig können solche regionalen Abkommen die Länder zum einen in eine stärkere Verhandlungsposition versetzen, zum anderen es ihnen aber auch ermöglichen, auf einem höheren Niveau Handel zu treiben und sich den großen Playern auf dem Weltmarkt entgegenzustellen. Nachdem auch die Regierungen vieler AKP-Länder diesen potentiellen Nutzen erkannt haben, bemühen sie sich darum, regionale Wirtschaftsinitiativen zu gründen. Diese Initiativen befinden sich allerdings noch in den Kinderschuhen. Sollten die Märkte für EU-Importe geöffnet werden, bevor sich diese regionalen Märkte gefestigt haben, könnte dies den Prozess zur Gründung regionaler Wirtschaftsgemeinschaften untergraben.

Eine Vielzahl von Gründen erklärt, warum intra-regionale Integration innerhalb der AKP-Region ein langsamer und komplexer Prozess ist, der sein eigenes Tempo verfolgen muss. Beispielsweise konzentrieren sich benachbarte AKP-Staaten häufig auf die gleichen Exportprodukte für den Weltmarkt. Die Infrastruktur von Märkten sowie der institutionelle Rahmen sind normalerweise auf überregionale Exporte gerichtet, Strukturen zur Förderung des inner-regionalen Handels sind somit eher schwach. Dies führt dazu, dass intraregionale Handelsabkommen nicht so leicht zu verwirklichen sind. Wenn diese strukturellen Schwachpunkte nicht abgebaut werden, so dass höhere Skalenerträge erzielt werden und regionale Wirtschaftsunionen innerhalb der AKP-Region entstehen können, ist es sehr unwahrscheinlich, dass ein gleichberechtigter Handel mit einem Wirtschaftsgiganten wie der EU verwirklicht werden kann.

Weiter wird der Prozess regionaler Integration durch die Tatsache erschwert, dass viele AKP-Länder mehrere regionale Integrationsabkommen abgeschlossen haben. In den EPA-Verhandlungen müssen sich die Länder jedoch für einen der regionalen Zusammenschlüsse entscheiden, mit dem sie schließlich mit der EU verhandeln. Beispielsweise sind im östlichen und südlichen Afrika viele Länder zugleich Mitglied des Gemeinsa-

men Marktes für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA) sowie der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) und auch einigen kleineren Zusammenschlüssen wie der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) und der Südafrikanischen Zollunion (SACU). Um im Rahmen der EPAs verhandeln zu können, müssen sich deren Mitglieder nun entscheiden, ob sie zusammen mit der SADC oder der COMESA verhandeln wollen, wodurch diese Länder in eine politische Zwickmühle geraten. Weitere Prozesse, intraregionale Handelsabkommen abzuschließen, werden erschwert. Für die Verhandlungen mit der EU wurde die COMESA beispielsweise auf den Block des östlichen und südlichen Afrikas (ESA) reduziert, ein Zusammenschluss, der nur für die EPA-Verhandlungen gegründet wurde, der aber über keinerlei Institutionen oder legale Strukturen verfügt. Tansania, selbst EAC-Mitglied, hat beschlossen, als Teil der SADC zu verhandeln, während dessen ostafrikanische Partner im Rahmen der ESA verhandeln werden. Dies wirkt sich belastend auf die politische Zukunft der EAC aus, deren Mitglieder gerade die Vereinbarung zur Gründung einer Zollunion unterschrieben haben.

Die Teilnahme von LDCs und nicht-LDCs innerhalb von Verhandlungsblöcken kann zusätzliche Schwierigkeiten hervorrufen. Die ärmsten Länder sind schon jetzt im „Everything But Arms“-Abkommen zusammengeschlossen, durch welches sie zoll- und quotenfreien präferenziellen Zugang zum EU-Markt erhalten haben. 14 der 16 ECOWAS-Länder beispielsweise sind LDCs. Sollten nun diese Länder sich dazu entschließen, sich nicht an EPAs zu beteiligen, würden sie dennoch die Auswirkungen von EU-Importen spüren, die über ihre Nicht-LDC-Nachbarländer in ihre Region eingeführt werden. Diese Tatsache wirft ein Dilemma der EPA-Verhandlungen auf, welchem sich insbesondere die LDC gegenüber sehen. Diese Situation kann zu erheblichen Spannungen in den regionalen Integrationsinitiativen führen, bedenkt man die großen Unterschiede in Kosten und Nutzen für die verschiedenen Länder der gleichen Gruppe. Gerade weil es notwendig ist, dass zuerst die regionalen Integrationsprozesse vorangetrieben werden müssen, argumentierten AKP-Staaten: Wenn *„diese Prozesse nicht schon im Keim erstickt oder zumindest behindert werden sollen, dann sollten sie Vorrang gegenüber den EPAs haben“* und *„AKP-Länder müssen zuerst ihren eigenen regionalen Integrationsprozess vorantreiben können“*.⁴⁴

Schlussfolgerung und Empfehlungen

Sollten die EPAs in ihrer jetzt geplanten Form weiter verfolgt werden, bedeuten sie eine Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung der AKP-Staaten und der Menschen, die in diesen Ländern leben. Sie verstoßen gegen das Versprechen der EU, nachhaltige Entwicklung voranzutreiben und Armut zu bekämpfen. Aus den genannten Gründen sprechen wir uns gegen EPAs in Form reiner Freihandelsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten aus.

Die Zivilgesellschaft in den AKP-Staaten und der EU wird weiterhin mit Parlamentariern, Regierungen und der Europäischen Kommission im Dialog bleiben, um die aktuellen Verhandlungen in eine Richtung zu lenken, die fairere Handelsbeziehungen mit sich bringen, den Armen nutzen und ihnen wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen werden.

Zu diesem Zweck fordern die unterzeichnenden Organisationen die EU auf, folgende Schritte einzuleiten:

- 1. Ihr im Abkommen von Cotonou gegebenes Versprechen einzulösen, alternative Handelsabkommen mit den AKP-Staaten zu entwickeln, die auf dem Prinzip der Nicht-Reziprozität beruhen, welches im Allgemeinen Präferenzsystem und der Idee der besonderen und differenzierten Behandlung von Entwicklungsländern in der WTO verankert ist.**
- 2. Ihr Interesse an den Themen nicht weiter voranzutreiben, die die AKP-Länder in den WTO-Verhandlungen ausdrücklich abgelehnt haben, darunter vor allem die Singapur-Themen Investitionen, Wettbewerbspolitik und öffentliches Beschaffungswesen.**

Unterzeichnet von:

- Africa Trade Network
- Acord Mali
- ActionAid International UK
- Agir Ici (France)
- attac WTO-AG Deutschland
- Both Ends (Netherlands)
- Cafod (UK)
- Centre for International Development CECIDE (Guinea)
- Christian Aid (UK)
- Econews Africa (Kenya)
- 11.11.11 Coalition of the Flemish North-South Movement (Belgium)
- Enda Tiers Monde (Senegal)
- Eurostep (Belgium)

- Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)
- Koordination Südliches Afrika (KOSA)
- Mwengo (Zimbabwe)
- Netzwerk Afrika Deutschland (NAD)
- Oxfam International
- Southern & Eastern African Trade Information and Negotiations Institute, SEATINI (Zimbabwe)
- terre des hommes
- Traidcraft (UK)
- Third World Network (TWN) Africa (Ghana)
- Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED)
- Zambian Trade Network (Zambia)

Mehr Informationen unter www.stopepa.de

Stand: November 2004 (deutsche Übersetzung April 2005)

¹ Economic Partnership Agreements: Putting a rigorous priority on development. Memorandum der Generaldirektion Handel zu EPAs, 20.01.2005 (www.epawatch.net/documents/doc270_4.doc)

² EU Mandate for trade negotiations with African, Caribbean and Pacific countries, 17. Juni 2002 www.epawatch.net/general/text.php?itemID=71&menuID=24

³ Hier ist eine fundamentale Veränderung im Umgang der EU mit der AKP-Ländergruppe zu verzeichnen. Die bisherigen Lomé-Abkommen waren immer durch ein System von nicht-reziproken Präferenzen charakterisiert. Die Veränderung der EU-Politik gründet auf der Anforderung, den Handel mit den AKP-Staaten WTO-konform zu gestalten sowie auf dem geringen Erfolg des bisherigen präferenziellen Marktzugangs für die AKP-Staaten.

⁴ „Empfehlung zur Autorisierung der Kommission, die Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen mit den AKP-Ländern und –Regionen zu verhandeln“, 9798/02 ACP 84 WTO 59 + ADD 1.

⁵ Insgesamt werden 92 Prozent der aus AKP-Staaten in die EU eingeführten Produkte ohne Zölle aber mit Quoten belegt. Quelle: B. Ongugloand T. Ito. (2003), 'How to make EPAs WTO compatible? Reforming the rules on regional trade agreements', ECDPM Diskussionspapier 40, Maasricht: ECDPM. 99,7 Prozent der afrikanischen Exporte werden zollfrei in die EU eingeführt. Quelle: 'EU-Africa, Caribbean, Pacific ACP trade relations, Key facts and figures', Brüssel 2 Oktober 2003. Alle LDCs innerhalb der AKP-Ländergruppe haben im Rahmen des Everything-but-Arms-Abkommens quoten- und zollfreien Zugang zum EU-Markt. AKP-Staaten hingegen gewähren keinen bevorzugten Zugang für EU-Importe.

⁶ Unter den AKP-Staaten befinden sich 38 der weltweit 49 LDCs, während die UNDP alle EU-Staaten als Länder mit hohem Entwicklungsstand eingestuft hat.

⁷ Zum Beispiel: UNDP (2001), 'The global governance of trade as if development really mattered'; Dani Rodrik (1999) 'Making Openness Work: The New Global Economy and the Developing Countries', Washington DC: Overseas Development Council. Ajit Singh (2003) 'Elements for a New Paradigm on Special and Differential Treatment – Special and Differential Treatment, The Multilateral Trading System and Economic Development in the 21st Century', Cambridge: Cambridge University Press.

⁸ Martin Wolf (2004) 'Why Globalisation Works', Yale University Press: London.

⁹ DTI (2004) 'Trade and Investment White Paper – Making Globalisation a Force for Good', London: DTI, p.91.

¹⁰ Zum Vergleich: Im 9. EEF sind für die Jahre 2004-2005 13,4 Milliarden Euro für die AKP-Staaten vorgesehen. Zusätzlich können noch ausstehende Zahlungen aus vergangenen EEFs hinzugezogen werden (ungefähr 10 Milliarden Euro). Zudem sind Geldmittel für handelsfördernde Bereiche vorhanden, beispielsweise 50 Millionen Euro für trade.com. Quelle: www.europa.eu.int/scadplus/leg/en/lvb/r12102.htm, gelesen am 4. September 2004.

¹¹ Handelsverzerrende Agrarsubventionen werden auf WTO-Ebene, nicht aber auf EPA-Ebene ausgehandelt. Die Aussichten zum raschen Subventionsabbau sind nicht erfolversprechend, obwohl im Juli-Rahmenabkommen von der EU ein erster Schritt unternommen wurde. Dies bedeutet, dass sich die AKP-Länder weiterhin hoch subventionierten Agrarexporten gegenüber sehen könnten wenn EPAs verhandelt werden. Ein europäischer Durchschnittsbauer erhält jährlich umgerechnet 16.000 US-Dollar an Agrarsubventionen. Quelle: Geschätzte Zuwendungen pro europäischem Bauern 1998-2000, in OECD (2001) 'Agricultural Policies in OECD Countries, Monitoring and Evaluation', Paris: OECD. Das Durchschnittsjahreseinkommen eines afrikanischen Bauern liegt bei 163 US-Dollar. Quelle: The Commission for Africa (2004), 'Commission for Africa: An Overview of the Evidence' London (www.commissionforafrica.org/english/home/newsstories.html).

¹² Zum Beispiel: UNCTAD (2004), Linking International Trade with Poverty Reduction, Least Developed Country Report.

¹³ Afrikanische Kommission, nicht-öffentliche Sitzung vom 7. Oktober 2004 mit dem Thema "Möglichkeiten und Wachstum", Addis Abeba, Äthiopien.

¹⁴ Nachhaltigkeitsverträglichkeitsprüfungen (SIA) der Verhandlungen über den Austausch von Gütern und Dienstleistungen der EU-AKP-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, Zwischenbericht und Arbeitspapier, 1. Oktober 2003, www.sia-gcc.org/acp/download/summarized_mid-term_report_final_doc_light.pdf.

¹⁵ Beim Treffen zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und der englischen Regierung (Herbst 2004) wurden Zeitpläne von bis zu 20 Jahren sowie Liberalisierungsverpflichtungen seitens der AKP-Länder von 75-80 Prozent diskutiert.

¹⁶ Anhörungen vor dem Europäischen Parlament, Antworten auf die Fragen an den designierten Handelskommissar Peter Mandelson, Teil B Spezifische Fragen, Quelle: www.europarl.eu.int/press/audicom2004/index_de.htm.

- ¹⁷ Ann De Ron, IPS (Sept 8 2004), 'Small Countries' Problems Get Bigger', Brüssel.
- ¹⁸ D. Primack und S. Bilal in Trade Negotiations Insight, vol 3, no 1, January 2004, 'The journey from Cotonou to Cancun, and beyond: the changing dynamics of WTO and EPA negotiations'.
- ¹⁹ Das Cotonou-Abkommen sieht vor, dass EPAs viele Sektoren abdecken, darunter Wettbewerbspolitik (Art. 45), geistige Eigentumsrechte (Art. 46), Standardisierung und Zertifizierung (Art. 47), sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPS, Art. 48), Handels- und Umweltbelange (Art. 49), Handels- und Beschäftigungsstandards (Art. 50), Verbraucherschutz (Art. 51), Nahrungssicherheit (Art. 54) und Investitionen (Art. 75). Hinsichtlich des Liberalisierungsergebnisses der EU geben die kürzlich mit Chile und Mexiko unterzeichneten Abkommen am besten die EU-Zielvorgaben für EPAs wieder. Quelle: S. Szepesi (2004)
- ²⁰ 'Coercion or Engagement? Economics and Institutions in ACP-EU Trade Negotiations' (ECDPM Discussion Paper 56), p.7, Maastricht: ECDPM.
- ²¹ EC Directives for the negotiation of Economic Partnership Agreements with ACP countries and regions, EU Kommission 17.06.2002.
- ²² Agnes van Ardenne-van der Hoeven, Minister for Development Co-operation of the Netherlands, (10 July 2004) 'The Doha Development Agenda in the WTO: a Political and Economic Necessity or an Exercise in Political Correctness?' Rede auf einer Konferenz zur Rolle des WTO-Systems in der Weltwirtschaft. The Cornell Law School and the Cordell Hull Institute.
- ²³ Beim Treffen des AKP-EU-Ministerrats in Gabarone, Mai 2004. Quelle: TNI July 2004, 'EPA Negotiations Update: State of Play of Negotiations', www.epawatch.net/documents/doc113_2.doc.
- ²⁴ Aus dem mauritischen non-paper (12. Oktober 2001), 'Negotiation of Economic Partnership Agreement under the ACP-EU Partnership Agreement: An all-ACP-EU EPA Option', Non Paper 08 12 01 Amb Gunessee Rev 2, www.epawatch.net/general/text.php?itemID=15&menuID=25.
- ²⁵ AKP-Richtlinien über die Verhandlungen zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ACP/61/056/02/FINAL, 5. Juli 2002, Brüssel. www.acpsec.org/ExternalSheet.aspx?ArticleFileName=www.acp.int/6105602EngNegGuidelinesFINAL.pdf&sessLang=1.
- ²⁶ Joint report on the all ACP-EC phase of EPA negotiations, Brüssel, 2. Oktober 2003.
- ²⁷ Minister Cuttaree, zitiert in der Pressemitteilung 'The ACP Council of Ministers at the ACP-EU Joint Parliamentary Assembly', Addis Ababa, 17. Februar 2004.
- ²⁸ Die Antwort erklärte außerdem: „... eine vernünftige Alternative für Lomé-Partner sollte bestehen, ohne dass für diese der Marktzugang zur EU geschmälert würde.“ Sowie: „Dank des Übereinkommens, das die Regierung im Rat erzielte, werden LDCs spätestens 2005 zollfreien Zugang zu allen Produkten erhalten und den nicht-LDC-AKPs, die den FTAs nicht beitreten können, soll ein neues Handelssystem angeboten werden, das ihrer aktuellen Situation unter dem Lomé-Abkommen entspricht.“ Aus der Antwort der englischen Regierung auf den Report des Internationalen Entwicklungsausschusses zur Neuverhandlung des Lomé-Abkommens, www.publications.parliament.uk/pa/cm/199798/cmselect/cmintdev/1068/106804.htm, gelesen am 8. Oktober 2004.
- ²⁹ Zitiert aus 'Resolution of Members of East African Parliamentary Liaison Committee' des Workshops über EPAs, organisiert von FES und SEATINI, Mombasa, 1.-2. April 2004.
- ³⁰ Eines der Hauptargumente, warum das Lomé-Abkommen nicht mit den bestehenden WTO-Regelungen vereinbar wäre, ist, dass es eine willkürlich zusammengesetzte Gruppe von Entwicklungsländern (die historisch gewachsene AKP-Gruppe) bevorzugt behandelt. In der AKP-Ländergruppe beispielsweise sind nicht alle LDCs vereint. Aus WTO-Sicht gibt es nur drei Gruppen von Ländern: LDCs, Entwicklungsländer und entwickelte Länder. Nicht-reziproke Präferenzen fallen unter die Ermächtigungsklausel, die es entwickelten Ländern erlaubt, im Rahmen ihrer Allgemeinen Präferenzsysteme (APS) Entwicklungsländern Handelspräferenzen zu gewährleisten.
- ³¹ B Onguglo und T. Ito (2003) 'How to make EPAs WTO compatible? Reforming the rules on regional trade agreements' (ECDPM Discussion Paper 40), Maastricht: ECDPM.
- ³² Sobald ein entwickeltes Land involviert ist (in diesem Falle die EU), fällt das FTA unter den Artikel XXIV des GATT von 1994. Im Falle von Handelsabkommen zwischen Entwicklungsländern (Süd-Süd-Abkommen) können diese wählen, ob sie nach der Ermächtigungsklausel oder nach Artikel XXIV verfahren möchten. Der Ermächtigungsklausel zufolge findet die Bedingung, im Wesentlichen den gesamten Handel zu liberalisieren sowie eine angemessene Zeitspanne als Übergangsfrist zu vereinbaren, keine Anwendung.
- ³³ B Onguglo und T. Ito (2003) 'How to make EPAs WTO compatible? Reforming the rules on regional trade agreements' (ECDPM Diskussionspapier 40), Maastricht: ECDPM.
- ³⁴ Eingabe der AKP-Staaten an die WTO bezüglich des Regelwerkes von Regionalen Handelsabkommen: 'Developmental Aspects of regional trade agreements and special and differential treatment in WTO rules: GATT 1994 Article XXIV and the Enabling Clause', Papier der AKP-Ländergruppe, TN/RL/W/155, 28 April 2004.
- ³⁵ Die Ermächtigungsklausel erlaubt es WTO-Mitgliedern, Entwicklungsländer zu bevorzugen. Hauptsächlich befasst sich die Ermächtigungsklausel mit dem APS, regionalen und globalen Handelsabkommen zwischen Entwicklungsländern und der besonderen Behandlung von LDCs.
- ³⁶ Artikel 37.6 des Cotonou-Abkommens.
- ³⁷ Mitteilung vom Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan, überbracht von K.Y. Amoako, Generalsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika, zum 4. Gipfel der AKP-Staats- und Regierungschefs, 23. Juni 2004, Maputo, Mosambik, www.acpsec.org/InternalSheet.aspx?ArticleFileName=2004/msgsgonu_en.html&sessLang=1
- ³⁸ Laut des IWF machen Importzölle 34 Prozent der Staatseinnahmen von afrikanischen LDCs aus. Quelle: Bridges Weekly Trade News Digest, 30. April 2003.
- ³⁹ Weltbank, Weltentwicklungsindikatoren 2003, Zahlen für 2000.
- ⁴⁰ M. Busse et al. (July 2004) 'The impact of the ACP/EU Economic Partnership agreements; an empirical analysis of the trade and budget effects', Hamburg Institute of International Economics, für die Friedrich-Ebert-Stiftung (S.27).
- ⁴¹ S. Szepesi (2004) 'Coercion or Engagement? Economics and Institutions in ACP-EU Trade Negotiations' (ECDPM Discussion Paper 56), Maastricht: ECDPM, S.13.
- ⁴² Ebd.
- ⁴³ Vergleiche unter anderem Kenya Institute for Public Policy Research and Analysis (August 2004), 'Agenda for Development of Negotiating Position Under Economic Partnership Agreements; Kenya's Agricultural Trade with the EU (Draft Report)', Nairobi Kenia; Trade & Development Studies (TRADES) Centre (Juli 2004), 'Study of the Impact and Sustainability of EPAs for the Economy of Uganda', Harare, Simbabwe; Caribbean Policy Development Centre (April 2004) 'REPAS or RIP OFF: An Initial Advocacy Position of the Caribbean Reference Group on the EPA Negotiations', Bridgetown Barbados.
- ⁴⁴ S. Szepesi (2004) aaO, S.7.
- ⁴⁵ AKP-Richtlinien für die Verhandlungen von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ACP/61/056/02/FINAL, 5. Juli 2002, Brüssel.